

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
168 · Ausgabe AG · Februar 2017

SP

WAS TUN?

«Die Unvernunft des Intellektuellen besteht darin, an die Kraft der Vernunft zu glauben», schreibt Peter Haffner im zweiten «Magazin» dieses Jahres und spielt damit auf «zu» intellektuelle Reden von Barack Obama an. Reden mit Witz und Empathie kommen bei den Leuten an, reine Vernunftargumente verwirren und verpuffen oft. Das ist das Problem: Wie kommen wir an das Stimmvolk heran? Und, wie Bendrit Bajra in der NAF-Arena bilanzierte: «Wie bringen wir sie dazu, dass sie sich überhaupt informieren?»

Vom letzten Jahr nehmen wir im Aargau die Genugtuung über fünf zusätzliche, allerdings nur innerhalb Mitte-Links verschobene Grossratssitze mit. Vom 8. November bleibt aber Katzenjammer zurück: Wie konnten die USA-Demokraten gegen einen solchen Mann verlieren? Und damit weitere Fragen: Sind wir wieder im Mittelalter? Oder war das der totale Backlash der mit der Globalisierung deklassierten Weissen? Das Wahlsystem? Was heisst das für uns im Land der starken Populisten-Partei? Im unsichereren Europa? Müssen wir nun befürchten, dass auch bei uns Anstand, Toleranz und soziale Errungenschaften noch mehr den Bach hinunter gehen? Das darf nicht sein. Wir müssen wieder Taktiken des Widerstands lernen. Und handeln statt verzweifeln.



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin

Das neue Jahr ist noch jung, und schon füllt sich die Agenda für die nächsten Monate. Im Kanton Aargau stehen unter anderem zwei für uns sehr wichtige kantonale Entscheide über SP-Initiativen an: Am 12. Februar stimmen wir über die Kinderbeihilfen ab. Mit einem Ja werden im Kanton Aargau Beihilfen für einkommensschwache Familien eingeführt – diese sind dringend nötig. Und für die bezahlbaren Krankenkassenprämien für alle werden wir uns weiter einsetzen, auch wenn der Aargauer Grosse Rat diese SP-Initiative ablehnt.

Dazu stehen 2017 kommunale Wahlen an. Diese sind für uns sehr wichtig. Es geht darum, in den verschiedenen Gremien der Gemeinden «mit unseren Leu-

ten» so viele Sitze wie möglich zu besetzen. Dafür brauchen wir erneut Eure Unterstützung und Euer Engagement, liebe Mitglieder! Nehmen wir den Schwung aus den Wahlerfolgen von 2016 mit!

Die SP Schweiz engagiert sich zudem dafür, dass es endlich wirksame Massnahmen zugunsten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Diese haben es nach einer Kündigung oft besonders schwer, eine neue Stelle zu finden. Dabei können gerade sie mit ihren breiten Erfahrungen zum Erfolg eines Unternehmens beitragen.

Auf nationaler Ebene stehen weitere wichtige Aufgaben an: Hier geht es um die Altersvorsorge 2020. Und wir haben die Pflicht, über die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) aufzuklären und diese zu verhindern. Im Mai kommt zudem die Abstimmung über die Energiestrategie.

Es gibt also auch im neuen Jahr viel zu tun. Die Themen sind vielschichtig und wichtig für alle.

Daneben sollten wir nicht vergessen, dafür dankbar zu sein, dass wir in einem sicheren Land mit einer funktionierenden Infrastruktur leben dürfen – und das sage ich auch deshalb, weil ich ab und zu in Ländern unterwegs bin, wo dies absolut keine Selbstverständlichkeit ist. Wir sollten auch dankbar sein dafür, dass wir ein Zuhause und eine Aufgabe haben. Die Freiheiten, die ein Leben in der Schweiz bietet, dürfen nicht für selbstverständlich genommen werden.

Viele Menschen leben unter widrigen Umständen und ohne Perspektive, wohnen in einem Kriegsgebiet, müssen Hunger leiden oder sind auf der Flucht. Vielerorts werden die Menschenrechte nicht beachtet. Hier braucht es unser Engagement!

Schätzen wir also, was wir haben. Jammern wir nicht über Anstrengendes. Achten wir darauf, uns gegenseitig mit Respekt zu begegnen und lassen wir jeden Menschen seine Würde behalten. So werden wir auch 2017 ein konstruktives und bereicherndes Jahr erleben!



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

INTERVIEW



Neu im Parteisekretariat: Julia Hoppe

links.ag: Julia Hoppe, Du bist seit Januar 2017 als Parteisekretärin der SP Aargau tätig. Woher kommst Du?

Julia Hoppe: Ich stamme aus Wuppertal, wo ich auch bis zum Abitur mit meiner Familie gelebt habe. Durch mein Studium der Ethnologie und Soziologie bin ich im Jahr 2008 nach Basel gekommen, wobei schon vorher ein Bezug zur Nordwestschweiz bestand, da meine Oma aus der Region stammt. Ich habe die letzten Jahre in Basel studiert, wo ich im Sommer 2016 meine Masterprüfungen erfolgreich abgeschlossen habe. Politisch bin ich seit vielen Jahren engagiert, war beispielsweise zwei Amtsperioden gewählte Bezirksjugendrätin in Wuppertal und habe dort im Rat der Stadt die Interessen der Jugendlichen vertreten. Hinzu kommt meine familiäre «rote Vorbelastung», da gab es keine Alternative!

Woher und wie gut kennst Du den politischen Aargau?

Der eine oder die andere hat mich vielleicht schon einmal im letzten Jahr im Sekretariat oder auf Wahlkampfveranstaltungen gesehen oder im Rahmen der Basiskampagne am Telefon gehabt. 2016 war ich für die Regierungs- und für die Grossratswahlen als Campaignerin für den Norden des Kantons verantwortlich, für die Bezirke Rheinfelden, Laufenburg, Brugg und Zurzach.

Wofür willst Du Dich in der SP Aargau vor allem einsetzen?

Die Stärkung der Basis liegt mir bei meiner Arbeit besonders am Herzen. Rein politisch sind mir der Atomausstieg sowie die Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Anliegen.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



ABSTIMMUNG

Für einen besseren Start ins Leben



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.

Regierung unglaublich

Am 12. Februar kommt endlich unsere Kinderinitiative zur Abstimmung. 2009 reichten wir sie ein und warteten und warteten... Dann, letzten Herbst, legte der Regierungsrat unsere Initiative ohne Gegenvorschlag dem Parlament zur Ablehnung vor. Die Begründung steht vollkommen im Widerspruch zu der regierungsrätlichen Sozialplanung, in der steht: «Kinder sind auch in unserem Kanton zu einem Armutrisiko geworden, denn viele Familien starten bei der Geburt eines Kindes aus einer finanziell schwierigen Lage heraus. Es sind vor allem Familien mit Kindern, die unter dem Existenzminimum leben und Unterstützung brauchen.»

Mit finanzpolitischen Gründen (was uns ja nicht eigentlich überrascht) wurde unsere Initiative abgelehnt und – und das hat uns echt schockiert – damit, dass die Initiative die Selbstbestimmung und die Eigenverantwortung nicht berücksichtige! «Auch in unserem Kanton werden zu viele Kinder zu einem Armutrisiko, weil deren Familien finanzielle Probleme haben», steht in der Sozialplanung. Wie also soll eine Familie, die unter dem Existenzminimum lebt, und mit geringem Lohn schauen muss, dass sie über die Runden kommt, selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihre Situation lösen?

Gegen zunehmende Familienarmut

Nun zu unserer Initiative: Im Aargau gehen seit einigen Jahren die Einkommen nominell zurück, während die Lebenshaltungskosten stetig steigen. Damit haben immer mehr Menschen zu kämpfen. Betrachtet man die Verteilung der Armut im Kanton, ist eine Risikogruppe besonders betroffen: die Familien.

Und genau da setzt unsere Initiative an. Sie nimmt die Problematik auf und fordert Kinderbeihilfe dort, wo Hilfe nötig ist. Kinder aus armutsbetroffenen und bildungsfernen Familien tragen im Vergleich zu Kindern aus gut situierten Haushaltungen ein wesentlich grösseres Risiko, als Erwachsene zu den Armen zu zählen. Der soziale Aufstieg gelingt leider nur wenigen. Die erste Lebensphase rückt also in den Vordergrund, wenn es um Bekämpfung von Armut geht.

Bei Kinder- und Familienarmut kann gezielt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit Kinderbeihilfe bezogen werden.

Gegen die Armut im Alter haben wir Ergänzungsleistungen. Bei Kinder- und Familienarmut kann gezielt – und genau das fordert unsere Initiative – bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit Kinderbeihilfe bezogen werden, und zwar dort, wo das Einkommen die Lebenskosten nicht deckt. Kinderbeihilfe ist sehr gut investiertes Geld: für einen besseren Start ins Leben und auch zur Entlastung der Sozialhilfe- und Armutsfolgekosten.

Nachdem der Regierungsrat nicht einmal einen Gegenvorschlag vorgelegt hat, gilt es nun, unsere Initiative tatkräftig zu unterstützen. Gut sichtbar machen unsere Plakate auf die Familienarmut aufmerksam. Zusätzlich werden wir an Stand- und Bahnhoftaktionen Interessierten unsere Initiative erklären. Es gilt, eine nicht tragbare Lücke in der Familienpolitik zu schliessen.

Ja zu «Chancen für Kinder – gemeinsam gegen Familienarmut»!



ABSTIMMUNG

Ja zur Initiative «Arbeit und Weiterbildung»

Viviane Hösli von Zofingen ist Geschäftsführerin ArbeitAargau und SP-Grossrätin.

**Potenzial im Aargau fördern und nutzen**

Die Arbeitswelt verändert sich rasant – auch im Aargau. Auf dem Weg vom Industrie- und Dienstleistungskanton in die digitale Zukunft verschwinden alte Berufe und neue entstehen. Diese Entwicklung, oft Industrie 4.0 oder auch einfach Digitalisierung genannt, ist nicht aufzuhalten.

Es ist darum für die Zukunft des Kantons entscheidend, dass Arbeitnehmende, deren Arbeitsplätze verschwinden, sich umorientieren können. Es ist naiv zu glauben, dass Menschen, die jahrelang derselben Tätigkeit nachgegangen sind, ohne entsprechende Umschulungen und Weiterbildungen einfach den Einstieg in ein neues Berufsumfeld schaffen. Die Initiative «Arbeit und Weiterbildung» verlangt insbesondere die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungen, um einen Stellenverlust präventiv zu verhindern. Arbeitslosigkeit kann jede und jeden treffen, und die Betroffenen haben in dieser Situation Unterstützung verdient. Von einer Aus- und Weiterbildungsoffensive profitieren nicht nur die Betroffenen und die Wirtschaft, sondern insbesondere auch die Allgemeinheit und die Staatsfinanzen.

Zum Beispiel Urs, 50 Jahre alt, Drucker

Die vom BFH-Zentrum Soziale Sicherheit erstellten Hochrechnungen zeigen, dass sich diese Investitionen lohnen. Zum Beispiel im Fall von Urs: Urs ist 50 Jahre alt und arbeitet seit 22 Jahren als gelernter Drucker in ei-

nem 4-Mann-Betrieb. Schon länger zeichnet sich ab, dass die Druckerei schliessen muss. Durch den technologischen Wandel gibt es kaum noch Stellen, für die er sich als Drucker bewerben könnte. Weiterbildungen waren im Kleinbetrieb nicht üblich.

Als Urs dann die Stelle verliert, findet er trotz intensiven Bemühungen keine neue Arbeit. Seit 14 Monaten wird er von der Arbeitslosenversicherung unterstützt. Die Absagen und das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, machen ihm zu schaffen. Es droht die Aussteuerung und damit eine Situation, mit welcher seine Ersparnisse nicht bis zur Rente reichen werden.

Mit einem Ja zur Initiative «Arbeit und Weiterbildung» wäre es aber möglich, dass Urs bereits vor Eintreten der Arbeitslosigkeit Unterstützung von der Arbeitslosenhilfe erhält, da das Gesetz eine Prävention vor Arbeitslosigkeit vorsieht. So findet er eine Stelle als Polygraph, bei der er zum gleichen Lohn wie zuvor eingestellt werden kann, wenn er bis zum Stellenantritt Kenntnisse über spezifische Grafik-Programme vorweisen kann und ausserdem ein Einarbeitungszuschuss gewährt wird. Urs kann so problemlos vom alten zum neuen Arbeitgeber wechseln.

Mehr Fallbeispiele, ausführliche Hintergründe und Informationen: www.auw2017.ch

DIE INITIATIVE ARBEIT UND WEITERBILDUNG WILL

- Arbeitslosigkeit bekämpfen, bevor sie entsteht
- Beschäftigungsprogramme mit Bildungsteil unterstützen
- Mehr Arbeitsplätze für teilleistungsfähige Arbeitnehmende
- Taggelder für Ausgesteuerte statt Sozialhilfe

KOMMENTAR

**Generationenprojekt Altersvorsorge**

Mit der Reform der Altersvorsorge gilt es, eine Errungenschaft vorangegangener Generationen in die Zukunft zu tragen und auch künftig ein Altern in Würde zu sichern. In der Wintersession 2016 hielt der Ständerat an seiner Überzeugung fest, dass dieses Interesse weder parteipolitischen Spielchen noch den Interessen von Lobby-Gruppen geopfert werden darf. Die Weichen bleiben damit richtig gestellt zugunsten einer soliden Finanzierung und dem Erhalt des Leistungsniveaus. Letzteres setzt voraus, dass die schmerzliche Absenkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule kompensiert wird. Das Herzstück dieser Kompensation ist die Stärkung der 1. Säule. AHV-Neurentnerinnen und -rentner erhalten einen Zuschlag von monatlich 70 Franken, gleichzeitig wird der Plafond für die Ehepaarrenten von 150 auf 155 Prozent erhöht. Das ist der einfachste und effektivste Weg, um die künftigen Einschnitte aufzufangen und auszugleichen. Andere Konzepte, die stärker auf das BVG setzen wollen, kosten mehr und erzielen eine schlechtere Wirkung, dies erst nach Jahrzehnten. Zusätzlich wurde mein Antrag zur Besserstellung der Frauen und Teilzeitbeschäftigten in der 2. Säule angenommen. Vorgesehen ist neu ein zum Jahreslohn prozentualer Koordinationsabzug, sodass auch mit kleineren Einkommen eine bessere Vorsorge aufgebaut werden kann. Kurz: Der Ständerat liess sich vom Scherbenhaufen, den der Nationalrat im letzten Herbst angerichtet hat, nicht vom richtigen Weg abbringen. Die unsägliche Idee eines Automatismus, der zum Rentenalter 67 geführt hätte, und der Abbau bei den Witwen-, Witwer-, Waisen- und Kinderrenten erhielten eine unmissverständliche Abfuhr. Nun liegt der Ball wieder beim Nationalrat.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin.

Initiative Arbeit + Weiterbildung

Ja

KOMMENTAR



Abstimmung

Transparentes System

Die Entflechtung der Aufgaben von Kanton und Gemeinden und die Neuordnung des Finanzausgleichs beeinflussen die Finanzen der beiden Staatsebenen stark. Ein paritätisch erarbeiteter Kompromiss sieht vor, dass die materielle Sozialhilfe und die Krankenkassen-Ausstände ganz von den Gemeinden getragen werden. Dafür übernimmt der Kanton die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, die Massnahmen gegen häusliche Gewalt und den baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen. Zusammen mit der früheren Verschiebung der Spitalkosten zum Kanton ergibt dies eine Erhöhung des kantonalen Steuerfusses um drei Prozent und eine Senkung der Steuerfüsse der Gemeinden um drei Prozent. So wird auch die Höhe der zwischen Kanton und Gemeinden fließenden Mittel leichter steuerbar. Der Geldfluss besteht aus dem Ressourcen- und dem Lastenausgleich. Mit dem ersten wird die ungleiche Steuerkraft der Gemeinden teilweise kompensiert. Der Lastenausgleich berücksichtigt die Unterschiede bei den Bildungskosten, den Soziallasten und der Bevölkerungsdichte. Kantonale Unterstützungen bei der Mindestausstattung und bei Ergänzungsleistungen verhindern, dass einzelne Gemeinden in grosse finanzielle Not geraten oder den Steuerfuss übermässig anheben müssen.

Jede Anpassung des Finanzausgleichs führt bei den Gemeinden zu Gewinnern und Verlierern. Mit der vorliegenden Revision werden jedoch diejenigen Gemeinden unterstützt, die dies nachweislich brauchen, und nicht diejenigen, die sich die Unterstützung aus der Vergangenheit gewohnt sind. Die strukturerhaltenden Zahlungen an kleine Gemeinden, die sinnvollen Gemeindefusionen im Wege stehen, werden damit reduziert.

Manfred Dubach von Zofingen ist SP-Grossrat.

ABSTIMMUNG NAF UND USR III

ABC der Lasten bei NAF und USR

ES IST WIE IM MATHEMATIKUNTERRICHT: LASTEN MÜSSEN IN DER WAAGE GEHALTEN WERDEN, ES BRAUCHT EINE SYMMETRIE ZWISCHEN DEN LASTEN ... BESCHWERLICH AUF ALLE FÄLLE. UND DANN NOCH DIE UNVERSTÄNDLICHEN ABKÜRZUNGEN: NAF UND USR III. WIE SCHWER SIND DENN DIE GEWICHTE, DIE OFFENBAR NEU VERTEILT WERDEN MÜSSEN?



Florian Vock aus Baden ist Präsident der SP-Bezirkspartei und Vizepräsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds AGB.

NAF – Strassenlasten

Mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF) soll die Finanzierung von Nationalstrassen und Agglomerationsprogrammen langfristig gesichert werden. Ein spezieller Fonds für grosse Infrastrukturprojekte, der jährlich mit Geld gefüllt wird, ist eigentlich sinnvoll. So, wie wir es bei der Bahninfrastruktur kennen. Dort heisst es FABI.

Nur, wer füllt den Fonds, um die Lasten der Strassen zu tragen? Autofahrende leisten mit Mineralölsteuern und Autobahnvignetten einen Viertel des Beitrages. Drei Viertel gehen zulasten der Bundeskasse. Dieses Geld muss bei der Entwicklungshilfe, bei der Bildung oder beim öffentlichen Verkehr kompensiert werden. Die Lasten der Autofahrer_innen landen auf den Schultern von Zugpendler_innen, Schüler_innen und Entwicklungsländern. Bürgerliche Symmetrie.

USR III – Steuerlasten

Die Unternehmenssteuerreform III (USR II) hält im Gegensatz zum NAF, was sie verspricht: Sie reformiert die Unternehmenssteuern – schon zum dritten Mal. Zu diesem Zweck sollen dubiose Konstrukte beigezogen werden wie die «Zinsbereinigte Gewinnsteuer», die «Patentbox» oder die «Entlastungs-

begrenzung». Hinter dem schwer verständlichen Fachjargon verbergen sich Steuertricks, die vor allem Steuerberater und Wirtschaftsanwälte verstehen. Ein paar wenige Konzerne und ihre Grossaktionäre machen damit Milliarden.

Grosse Konzerne im Aargau gibt es, betroffen ist zum Beispiel die Stadt Baden. Optimistische Szenarien rechnen hier mit jährlichen Ausfällen für die Stadt von 3,5 Millionen Franken, realistisch sind aber auch 7 Millionen. Kanton und Bund können es für sich selbst nicht einmal berechnen, denn genau weiss niemand, was bei einer Annahme passiert. Bundesrat Maurer korrigierte kürzlich die Zahlen nach oben. USR III bedeutet also: Konstrukte, die niemand versteht, mit Folgen, die niemand kennt. 7 Millionen Franken weniger Steuern für Unternehmensgewinne bedeuten in Baden eine Erhöhung des Steuerfusses um 12 Prozent oder den Gesamtaufwand der Polizei oder das ganze Kulturbudget. Bürgerliche Symmetrie.

Ablehnen!

Wir blicken etwas ernüchtert ins Abstimmungsbüchlein und stellen fest: Die schweren Lasten landen am Schluss auf unseren Schultern statt auf denen der gut gepolsterten Herrenanzüge. Man soll ja nicht populistisch sein, aber wenn wir diese beiden Vorlagen zusammen betrachten, sehen wir, wie der zinsbereinigte Aktionär mit der Patentbox im Kofferraum seines dicken Autos direkt in die Skiferien fährt, auf NAF-finanzierten Autobahnen natürlich. Und wer trägt die Lasten für diesen un versteuerten Reichtum, den Arbeitnehmer_innen zuvor erarbeitet haben? Bürgerliche Symmetrie. Deshalb stimmen wir Nein zu NAF und USR III.



Milliarden-Bschiss am Mittelstand!

Wir bezahlen, Grossaktionäre profitieren. So nicht!

ERLEICHTERTE EINBÜRGERUNG

Schweizer Kinder endlich erleichtert einbürgern

«DIE SCHWEIZ MUSS IHRE KINDER ANERKENNEN»: SO LAUTET DER TITEL DER PARLAMEN-
TARISCHEN INITIATIVE VON ADA MARRA AUS DEM JAHR 2008. ÜBER DIESE INITIA-
TIVE WERDEN WIR FAST EIN JAHRZEHT SPÄTER AM 12. FEBRUAR 2017 ABSTIMMEN..



Angelo Barrile von
Zürich ist Nationalrat.

Eigentlich stimmt der Titel nicht ganz. «Die Schweiz muss ihre Enkel anerkennen» wäre korrekter. Denn es handelt sich um Grosskinder von in die Schweiz eingewanderten Menschen, die bei einer Annahme der Initiative von einer erleichterten Einbürgerung profitieren können.

Zumindest für die dritte Generation

Doch was bedeutet der Begriff «erleichterte Einbürgerung» genau?

Bei der erleichterten Einbürgerung ist der Bund für das Verfahren zuständig. Der jeweilige Kanton und die Gemeinde werden vorher angehört und haben ein Beschwerderecht. Bisher können ausländische Ehepartner von Schweizerinnen oder Schweizern sowie Kinder eines schweizerischen Elternteils von der erleichterten Einbürgerung profitieren.

Im Vergleich dazu scheint mir eine erleichterte Einbürgerung von Menschen, bei denen bereits die Grosseltern eingewandert sind und ein Elternteil das ganze Leben in unserem Land verbracht hat, nur gerechtfertigt und im Grunde genommen selbstverständlich. Die Gegnerinnen und Gegner finden das neue Gesetz zu forsch. Mir persönlich geht es eigentlich eher zu wenig weit: In über 30 Ländern der Welt erhält man das Bürgerrecht allein durch Geburt im Land – bedingungslos. Wenn die Stimmberechtigten die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation annehmen, braucht es bei uns immer noch zwei Geburten und einen Antrag – aber immerhin.

Kleiner, aber wichtiger Schritt

Wieso ist mir diese Vorlage so wichtig? Es ist ein kleiner, aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Für die Menschen ohne Schweizer Pass, die bei uns leben, arbeiten, Steuern zahlen und sich zu Hause fühlen, gibt es aus Bundesbern endlich wieder einmal ein positives Zeichen. Das Parlament hat

endlich anerkannt, dass, wer hier aufwächst, auch Schweizerin und Schweizer ist, man muss es neu nicht noch an einer schikanösen Prüfung beweisen. Viel zu lange wurden in den vergangenen Jahren ständig Verschärfungen und unnötige Hürden für einbürgerungswillige Mitmenschen geschaffen.

Zudem wird mit dieser Vorlage das Verfahren in der ganzen Schweiz vereinheitlicht und nicht mehr jeder Gemeinde einzeln überlassen. Dass es wie bei allen Einbürgerungen noch immer einen Antrag braucht, der detailliert geprüft wird und nichts automatisch passiert, ist zwar störend, aber ein Kompromiss, den ich in der aktuellen politischen Gesamtlage gerne eingehe.

Kinder kennen keine Unterschiede aufgrund der Staatsbürgerschaft – man wächst zusammen auf, spielt und lernt gemeinsam. Man ist gleich, und doch nicht ganz: Denn unterschiedliches Bürgerrecht schafft Ungleichheit, wo keine ist. Die Migrantinnen und Migranten von vorgestern haben gestern den Eltern unserer Jugendlichen von heute das Leben geschenkt. Um diese endlich anzuerkennen, tun wir es dem Parlament gleich und sagen am 12. Februar JA!

Die vollständige Information zur Initiative findet man unter diesem Link: <http://www.dritte-generation.ch>



KOMMENTAR



Wir schaffen es gemeinsam

Als mein Vater im Jahr 1968 in die Schweiz kam, ahnte er wohl nicht, dass seine Kinder einmal in der Schweiz Grosseltern werden würden. Ich war 10 Jahre alt, als uns mein Vater nachholte. Ich freute mich riesig, dass die Familie wieder komplett war, und doch hatte ich jahrelang Heimweh. Als ich unsere Wohnung betrat, dachte ich: «Juppii, mein Vater ist reich geworden», weil er einen Fernseher hatte. Ich ging zur Schule, hatte neue Freunde, ging später arbeiten und gründete selber eine Familie. Ich habe drei Söhne und bin inzwischen vierfache Grossmutter. Mein Mann und ich haben uns zur Einbürgerung entschlossen, als unsere Kinder im Teenageralter waren und sie uns sagten, dass sie in der Schweiz bleiben wollen. Es war für uns auch wichtig, hier über die Politik mitzuentcheiden. Ich entdeckte meine Verbundenheit zur Schweiz, als wir einmal von den Ferien aus der Türkei nach Hause fuhren und ich mich zum ersten Mal riesig freute, wieder daheim zu sein.

Im Jahr 1999 haben wir die Einbürgerungsformulare ausgefüllt, abgegeben und gewartet. Wir bekamen alle ein Büchlein mit Hausaufgaben über die Schweiz, wir haben mündliche und schriftliche Prüfungen gemacht. Als wir uns vor der Gemeindeversammlung vorstellen mussten, war es für uns unangenehm. Unsere Söhne nahmen es gelassen. Es kam alles gut, wir hatten es geschafft.

Ich hoffe wirklich, dass die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation angenommen wird. Kein Kind verdient, für etwas benachteiligt zu werden, wofür es nichts kann. Besonders die SVP macht uns das Leben hier schwer: Wenn Ihnen die Argumente fehlen, holen sie aus ihren Nähkästchen die Burka hervor.

Alime Köseciogullari von Seon ist im Vorstand SP Unteres Seetal, im Vorstand Türkischer Verein Seon (Verantwortliche für Integration), im Vorbereitungsteam Grüezi Treff Seon und im Vorstand Kontaktgruppe Christen und Muslime Seon.

KOMMENTAR



Tagung vom 11. März

Kommunalwahlkampf

An der letzten Retraite der Geschäftsleitung der SP Aargau vom 10. Dezember 2016 wurde der Wunsch nach mehr Bildungsarbeit für die kommenden Kommunalwahlen 2017 geäussert. Demnach wird die kommunalpolitische Tagung sich am 11. März 2017 mit diesem Thema auseinandersetzen. Mögliche Titel: «Kommunalwahlen gewinnen!» oder «Mitglieder gewinnen und behalten». Die Idee ist, die kommunalpolitische Tagung mit Inputs sowie in Form von Gruppenarbeiten zu gestalten und anhand konkreter politischer Themen für die Teilnehmenden erfahrbar zu machen. Dies soll durch die Aufnahme aktueller Themen wie Post-schliessungen und Abbau-Politik des Kantons passieren. Anhand dieser Beispiele können konkrete Strategien veranschaulicht werden.

Wie kann die Basis inhaltlich und handwerklich unterstützt und gefördert werden? Dazu ist ein Referat zum Thema Mitgliederwerbung und -mobilisierung geplant. Anschliessend werden in zwei bis drei Arbeitsgruppen Konzepte ausgearbeitet und Techniken erlernt, mit deren die Teilnehmenden anhand von aktuellen politischen Themen ihren inhaltlichen, medialen und persönlichen Wahlkampf optimieren können. Die Teilnehmenden suchen sich entsprechend ihren Interessen eine Gruppenarbeit und können entsprechend nach der Mittagspause wechseln. Nach der ersten Gruppenarbeit stellen Urs Hofmann und Dieter Egli kurz ihre aktuelle Arbeit aus dem Regierungsrat und dem Grossen Rat vor. Die Tagung ist für alle offen. Eine Einladung mit Zeitplan und Referent_innenliste folgt rechtzeitig.

Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau und Einwohnerrat.

Gestärkte SP-Fraktion voll motiviert gestartet



Kathrin Scholl von Lenzburg ist CO-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.

Am 10. Januar konnten Dieter Egli und ich die erfreulich grosse Fraktion zur ersten Sitzung begrüßen. Im Vorfeld der ersten Sitzung fand eine rege Diskussion rund um die Kommissionsgrössen und die Zuteilung zu den jeweiligen Kommissionen statt. Dank der Vergrösserung der Kommissionen von 13 auf neu 15 Mitglieder ist die SP-Fraktion aufgrund ihrer Fraktionsstärke neu in fast allen Kommissionen mit drei Mitgliedern vertreten. Dank dieser Sitzenerweiterung können erstmals alle Grossrätinnen und Grossräte in einer Kommission mitarbeiten. Da die spannende und wichtige Arbeit zu den Geschäften primär in der Kommission stattfindet, ist dies von Bedeutung.

Mit der letzten Revision des Geschäftsverkehrs-gesetzes hat der Grosse Rat entschied-

den, dass die Stellvertretungen nicht mehr nominiert werden, sondern dass die Fraktionen bestimmen, durch wen ein verhindertes Kommissionsmitglied vertreten wird. Die SP-Fraktion will das Knowhow möglichst vieler nutzen können, daher werden intern auch die Stellvertretungen definiert, die zusammen mit den Kommissionsmitgliedern die Geschäfte vorbereiten. Auf der SP-Website ist sichtbar, wer in welcher Kommission ständiges oder stellvertretendes Mitglied ist. Thematische Anliegen können die Parteimitglieder so gezielt an die richtige Frau oder den richtigen Mann richten.



Kommission	Mitglieder	Stellvertretungen
Allgemeine Verwaltung AVW	Manfred Dubach Daniel Mosimann Gabriela Suter	Marco Hardmeier Arsène Perroud
Aufgabenplanung und Finanzen KAPF	Kurt Emmenegger Flurin Burkard	Kathrin Scholl Dieter Egli Viviane Hösli
Bildung, Kultur und Sport BKS	Thomas Leitch Kathrin Scholl Simona Brizzi	Colette Basler Gabriela Suter Manfred Dubach
Einbürgerung	Elisabeth Burgener Monika Stadelmann	Rahela Syed Lea Schmidmeister
Geschäftsprüfung GPK	Marco Hardmeier, Präsident Elisabeth Burgener Max Chopard	
Gesundheit und Sozialwesen GSW	Jürg Knuchel Alfred Merz Rahela Syed	Lea Schmidmeister Monika Stadelmann
Justiz JUS	Anna Andermatt Franziska Graf-Bruppacher Claudia Rohrer	Jürg Knuchel
Öffentliche Sicherheit SIK	Peter Koller Lea Schmidmeister Arsène Perroud	Flurin Burkard
Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung UBV	Rosmarie Groux, Präsidentin Jürg Cafilich Martin Brügger	Max Chopard Gabriela Suter Daniel Mosimann
Volkswirtschaft und Abgaben VVA	Dieter Egli Viviane Hösli	Claudia Rohrer Colette Basler Martin Brügger

Die Stellvertretungen werden im Laufe des März noch ergänzt.

INITIATIVE «JA ZU EINER GUTEN BILDUNG – NEIN ZUM LEHRPLAN 21»

Nein zu dieser Bildungsbremse!

DER LEHRPLAN 21 IST EINE ZEITGEMÄSSE VORLAGE, AUFGRUND WELCHER ALLE 21 DEUTSCHSCHWEIZER KANTONE IHRE EIGENEN LEHRPLÄNE NEU AUSARBEITEN KÖNNEN. DIE VON RECHTSKONSERVATIVEN ANGESTOSSENE INITIATIVE «JA ZU EINER GUTEN BILDUNG – NEIN ZUM LEHRPLAN 21» TÄUSCHT VOR, DASS DAS VOLK DEN LEHRPLAN 21 ABLEHNEN KÖNNE. DAS STIMMT NICHT. UND AUCH AUS ANDEREN GRÜNDEN MUSS DIE INITIATIVE AM 12. FEBRUAR ABGELEHNT WERDEN.

Thomas Leitch von Wohlen ist SP-Grossrat. Von 2013 bis 2016 präsierte er die Bildungscommission.



Der gemeinsame Lehrplan mit gemeinsamen Bildungsstandards trägt ganz wesentlich zu der vom Volk geforderten Harmonisierung der Volksschulbildung bei. 18 Kantone haben die Einführung bereits beschlossen, drei Kantone, darunter der Aargau, planen diese. Die Lehrerschaft, die Fachwelt und die interessierte Öffentlichkeit wurden im Rahmen von Hearings, Tagungen und Vernehmlassungen in die Entstehung der Lehrplaninhalte einbezogen.

Die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» suggeriert nun, dass das Aargauer Stimmvolk den Lehrplan 21 ablehnen und sich «für eine gute Bildung» aussprechen könne. Nirgendwo kann aber über den Lehrplan 21 abgestimmt werden. Tatsächlich soll eine Änderung von §13 des Schulgesetzes erreicht werden.* Die darin enthaltenen Forderungen sind fatal und würden den Aargau gegenüber dem Rest der Deutschschweiz isolieren.

Neben einer allgemeinen Aussage, dass sich der Lehrplan an die Kantonsverfassung und das Schulgesetz zu halten habe, was er ohnehin tut, sollen im neuen § 13 folgende realitätsfernen Forderungen stehen:

1. Der Lehrplan ist in allen Fächern nach «Lernzielen der Jahrgangsklassen» zu gestalten. Striktes Festhalten an Jahreszielen würde dazu führen, dass schneller vorschreitende Schülerinnen und Schüler nach Zielerreichung nicht an weiteren Aufgaben und Zielen arbeiten dürfen. Der

Lehrplan 21 versucht demgegenüber, den unterschiedlichen Entwicklungen der Lernenden stärker Rechnung zu tragen. Schwächere Kinder erhalten mehr Zeit, Inhalte zu erarbeiten, während begabtere Kinder besser gefördert werden können.

2. Für den Kindergarten soll ein «Rahmenlehrplan erstellt» werden. Es ist aber nicht zielführend, Rahmenlehrpläne auf der Stufe der Kindergärten einzuführen, denn neben dem Rahmenlehrplan müssten dann für jeden einzelnen Kindergarten eigene Lehrpläne ausgearbeitet werden.
3. Für die Primarstufe und für die Oberstufe sind die Schulfächer abschliessend aufgezählt, wobei an der Primarstufe per Gesetz nur eine Fremdsprache unterrichtet werden soll. Die Initiative schreibt also jedes einzelne Fach in das Schulgesetz hinein – das ist unpraktikabel und führte gemäss Regierung «in die bildungspolitische Isolation». Durch die gesetzliche Festschreibung nur einer Fremdsprache an der Primarschule würde auch der bisherige Unterricht einer zweiten Fremdsprache an der 6. Klasse durch die Hintertür – das heisst, ohne breit geführte öffentliche Diskussion – abgeschafft.

Für einen zeitgemässen Aargauer Lehrplan, der Lehrpersonen als Planungsinstrument für den Unterricht dient, braucht es kein gesetzliches Korsett, welches unser gutes Bildungsangebot unnötig einschränkt. Deshalb lehnen Regierungsrat, Grosser Rat und über 300 im Komitee www.bildungsbremse-ag-nein.ch zusammengeschlossene Personen aller Parteien und Verbände von links bis rechts diese schädliche Initiative ab.

* Unterlagen dazu über: http://www.ag.ch/grossrat/iga_grw_ges.php?GesNr=951688&AbfDetailNew=1

KOMMENTAR



99 Prozent

Nach den erfolgreich zur Abstimmung gebrachten 1:12 Initiative und der Spekulationsstopinitiative beschloss die Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz das Sammeln einer neuen Initiative. Diese will Abzocker_innen, die nur von ihren Kapitalerträgen, also von der Arbeit anderer Menschen, leben, mit dem Faktor 1,5 besteuern, gleichzeitig sollen Arbeitseinkommen entsprechend entlastet werden. Freibeträge sorgen dafür, dass Kleinsparer_innen nicht betroffen sind, aber als Lohnabhängige trotzdem wieder mehr Geld zum Leben haben. Denn 99 Prozent würden von solch einer Rückverteilung profitieren. Wie sieht es heute aus? Formal werden Arbeits- und Kapitaleinkommen heute gleich stark besteuert. Trotzdem sind Kapitaleinkommen auf diverse Arten privilegiert: Dividenden müssen nur teilweise versteuert werden, falls mindestens 10 Prozent aller Aktien der Firma gehalten werden. Weiter unterscheidet das Gesetz zwischen steuerfreien Kapitalgewinnen und steuerbaren Kapitalerträgen. Kapitalgewinne entstehen, wenn ein Teil des Vermögens verkauft wird, um einen Gewinn zu erzielen – Kapitalerträge hingegen, wenn das Vermögen seine Form nicht ändert. Diese Unterscheidung ermöglicht steuerfreie Milliarden Gewinne und könnte mit ein Grund für die immer kürzere Haltezeit von Aktien sein.

Während die Reichen also durch unsere Arbeit noch reicher werden, müssen wir zusehen, wie immer mehr neue Abbaupakete geschnürt werden und die öffentlichen Leistungen unseres Kantons auf ein Minimum abgebaut werden. Holen wir das Geld da, wo es ist, und beenden wir die Privilegien der Superreichen jetzt!

Mia Gujer von Wettingen ist Präsidentin der JUSO Aargau.

Nein zur schädlichen Volksschulinitiative

12. Februar 2017 [bildungsbremse-ag-nein.ch](http://www.bildungsbremse-ag-nein.ch)

FLORIAN VOCK VON SP GEEHRT

Wir bitten nicht, wir fordern!

AM PARTEITAG VOM 19. JANUAR 2017 WURDE FLORIAN VOCK VON PARTEI-CO-PRÄSIDENTIN ELISABETH BURGNER GEEHRT: DIES AUS ANLASS DES TOLERANZPREISES, DER IHM IM LETZTEN OKTOBER IN BELFAST VERLIEHEN WURDE.¹

Florian Vock erhielt den von verschiedenen LGBTQ²-Organisationen aus ganz Europa vergebenen Tolerantia-Award zusammen mit weiteren engagierten Personen, Institutionen und Kirchen für seinen Einsatz für «falschsexuelle» Jugendliche. Für den Preis vorgeschlagen wurde er, zusammen mit der Drag Queen Jazzmin Dian Moore aus Zürich, von Pink Cross, der schweizerischen Bürgerrechts- und Selbsthilfeorganisation von Schwulen. Beide bekamen den Award und hielten ihre Reden unter grossem Applaus, wie auf Facebook zu sehen ist,³ Flo, wie wir ihn kennen, höflich und lässig elegant gekleidet, Jazzmin in grosser Abendrobe.

Ihre Ansprachen hatten es in sich. Sie waren kämpferisch, ernst und selbstbewusst, aber Selbstsicherheit, die auf einer ungefährdeten gesellschaftlichen Sicherheit beruht, geht anders. «Unsere Erfahrung zeigt uns: Es wird nicht besser. Es wird nicht für alle, überall und zu jeder Zeit besser. Einigen geht es besser, und für viele ist es einfacher geworden, an wenigen Orten.» Das meint Florian Vock

auch im Gespräch: In der Schweiz haben wir seit 2004 das Partnerschaftsgesetz (PartG), das gleichgeschlechtlichen Paaren fast alle Rechte einer Ehe gibt. Aber eben nur fast alle. Und es geht nicht schnell genug mit den Fortschritten. Das ermüdet. Die Gleichstellung der LGBTQ, wie jedes Menschenrecht, muss täglich erkämpft werden. Das PartG wurde, so Vock, von Privilegierten erkämpft, die sich auf die Institutionen konzentrierten, es war mehr eine Lobby

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



als eine Bewegung, unterstützt von «reichen weissen Schwulen». Nach wie vor geht es darum, das Selbstbewusstsein der «Falschsexuellen» (so der Slogan der Milchjugend) zu stärken, dafür zu arbeiten, dass Diversität und unterschiedliche Identitäten normal werden. «I am human», meint Jazzmin in ihrer Rede und auf ihrer Homepage, und das ist offensichtlich nicht für alle klar, die dieser Drag Queen, im zivilen Leben ein dunkelhäutiger Coiffeur, begegnen. Aber es ist lebenswichtig.

Aus der Milchjugendbewegung, heute ein gemeinnütziger Verein, die Florian Vock mitbegründet hat und die sich noch immer im «Milchbüechli» darstellt, kommen laufend neue Projekte. Im September 2017 zum Beispiel ist ein Jugendkulturfestival in Wittnau geplant. Die Milchjugend ist stets in Bewegung und verändert sich mit den gerade Aktiven. Florian Vock ist, noch, dabei.

1 Siehe auch links.ag 166 vom Okt. 2016, S. 12
 2 Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer or Questioning, and Asexual: schwul, lesbisch, bisexuell, queer und questioning (in keine Schublade gehörend) sowie transgender (Menschen, die sich nicht dem bei Geburt zugeschriebenen Geschlecht zugehörig fühlen) und asexuell
 3 <https://www.facebook.com/pinkcross/videos/10157631847710162/>

ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN VOM 12. FEBRUAR 2017 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration: JA
- Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr NAF: NEIN
- Unternehmenssteuerreformgesetz III: NEIN

KANTON

- Aufgabenteilung Kanton–Gemeinden (AKG) und Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden (NFAG) Gesetz über den Ausgleich der Aufgabenverschiebungsbilanz sowie über die Übergangsbeiträge; (AVBiG): JA
- AKG/NFAG; Gesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden FiAG: JA
- Aargauische Volksinitiative «JA zu einer guten Bildung – NEIN zum Lehrplan 21»: NEIN
- Aargauische Volksinitiative «Arbeit und Weiterbildung für alle!»: JA
- Aargauische Volksinitiative «Chancen für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut»: JA

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau, Telefon 062 834 94 74
 Fax 062 834 94 75
 sekretariat@sp-aargau.ch,
 www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag 3255
 Redaktion: Katharina Kerr,
 katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
 16. Januar 2017
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe
 27. März 2017
 Erscheinen nächste Ausgabe
 13. April 2017

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Angelo Barrile, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener Brogli, Manfred Dubach, Yvonne Feri, Mia Gujer, Viviane Hösli, Katharina Kerr, Alime Köseciogullari, Thomas Leitch, Kathrin Scholl, Hansjörg Sahlin (Foto S. 14), Florian Vock.

AGENDA

7. und 21. Februar, 7. und 21. März,
 4. und 18. April 2017, 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau

12. Februar 2017
Abstimmungssonntag

7. März 2017, 18 Uhr im Odeon Brugg, Bahnhofplatz 11, Brugg
Filmabend der SP Frauen Aargau: Vorpremiere zum Film «Die göttliche Ordnung»

11. März 2017, 10–14 Uhr im Grossratsgebäude Aarau
Kommunalpolitische Tagung der SP Aargau zum Thema Gemeindevahlen 2017, Workshops

6. April 2017
SP Frauen Aargau, 19.30 Uhr, Aarau Frauenkonferenz

29. April 2017
Ordentlicher Parteitag in Möhlin